

SVP INTERNATIONAL
Postfach 8252, CH-3001 Bern
Tel +41 31 300 58 58
Fax +41 31 300 58 59
Email: info@svp-international.ch
Internet: <http://www.svp-international.ch>



Newsletter SVP International

Ausgabe Dezember 2010

Die SVP International bringt sich für die Wahlen 2011 in Position

Am 28. November 2010 hat das Schweizer Volk mit über 53% die Ausschaffungsinitiative der SVP angenommen. An dieser Stelle möchte ich allen danken, die sich für dieses Ja eingesetzt haben!

Auch im Wahlkampf 2011 ist die SVP International auf Ihre Unterstützung angewiesen. Wie bereits angekündigt, möchten wir in rund 10 Kantonen mit eigenen Listen antreten und so die Interessen der Fünften Schweiz und deren Anspruch auf eine politische Vertretung in den Wahlkampf der SVP einbringen. Allfällige neue Kandidaturen sind immer noch möglich. Melden Sie sich hierfür ungeniert bei uns (info@svp-international.ch).

Neben den Anliegen der Auslandschweizer wird sich die SVP International im Wahlkampf thematisch vor allem auf die Unabhängigkeit der Schweiz und den Erhalt der Schweizer Werte fokussieren, damit wir bei unseren Heimatbesuchen weiterhin die Schweiz erleben dürfen, die wir kennen und lieben. Konkret beinhaltet dies die Forderung nach rascher und konsequenter Umsetzung der Ausschaffungsinitiative ohne Maulkorb. Der Volkswille muss ganz klar respektiert werden und es kann nicht sein, dass das Parlament bei der Umsetzung die gleiche Schiene fahren will wie beim unbrauchbaren Gegenentwurf, der vom Schweizer Volk ganz klar abgelehnt wurde! Unsere Volksvertreter müssen sich endlich wieder bewusst werden, dass sie in erster Linie dem Schweizer Volk verpflichtet sind und nicht irgendwelchen internationalen Abkommen.

In diesem Zusammenhang muss die SVP International auch immer wieder klar aufzeigen, dass der EU-Beitritt für die Schweiz keine Option darstellt. Unsere Mitglieder mit Wohnsitz in der EU bestärken uns mit ihren EU-kritischen Voten immer aufs Neue darin, dass nur der bilaterale Weg für die Schweiz in Frage kommt. Dem zunehmenden Druck der EU und gewisser EU-Staaten, die nur aus Geldgier die Schweiz zu einem EU-Beitritt drängen möchten, muss klar und endgültig entgegengewirkt werden. Am besten mit dem Rückzug des EU-Beitrittsantrages, welches immer noch in Brüssel liegt.

Neben einer klaren und eigenständigen aussenpolitischen Positionierung muss für den Erhalt der Schweizer Autonomie auch die Landesverteidigung wieder an Bedeutung und Unterstützung gewinnen. Eine neutrale, souveräne und ungebundene Armee ist für die Sicherheit und Freiheit der Schweiz unabdingbar. Die steten Angriffe auf unsere unabhängige Milizarmee von Seiten der Linken und leider auch immer öfters der Mitteparteien ist überaus schädlich für die Schweiz. Darum muss unser bewährtes Milizsystem auch bei der Abstimmung vom 13. Februar 2011 zur Entwaffnungsinitiative der GSoA (Gruppe Schweiz ohne Armee) mit einem NEIN bestärkt werden!

Ich danke Ihnen bereits heute für Ihren Einsatz fürs Vaterland im Wahljahr 2011!

Ihr

Rolf B. Schudel, Johannesburg (SA)
Präsident SVP International

Erhöhen wir den Personalbestand des Grenzwachtkorps

Mit dem Schengen-Abkommen sind unsere Grenzen offen für Kriminaltouristen und Verbrecher aus dem benachbarten Ausland. Infolge ungenügender finanzieller und personeller Mittel vermögen unsere Grenzwächter ihre Aufgabe nicht länger ausreichend wahrzunehmen. Seit Jahren opfern die Staatsbehörden unsere Sicherheit den Budgetkürzungen.

Im Kanton Genf ist die Situation besonders alarmierend: Der 110 km lange Grenzverlauf zwischen der Schweiz und Frankreich ist auf eine dringende Personalaufstockung angewiesen, um eine effiziente Kontrolle und Sicherung der Grenze zu gewährleisten. Theoretisch stünden 340 Beamte zur Erfüllung dieser Aufgabe zur Verfügung, in Tat und Wahrheit sind es rund 60 weniger. Von diesem reduzierten Bestand wiederum sind 140 grösstenteils mit Passkontrollen, hauptsächlich auf dem internationalen Flughafen von Genf, beschäftigt.

Wenn nun von dieser Anzahl noch die Stabsmitarbeiter abgezogen werden, sowie arbeitsfreie Tage und Schulungstage abgerechnet werden, so bleiben im Schnitt gerade noch 70 Personen übrig, welche während vierundzwanzig Stunden an sieben Tagen die eigentliche Überwachung der Grenze bewerkstelligen müssten. Unschwer zu erkennen, dass dies sogar für beherrzte Elite-Einheiten ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Nebst den elf Hauptstrassen gilt es eine Vielzahl weiterer kleiner Grenzübergängen zu überwachen. Die Durchlässigkeit der Genfer Grenzen ist geradezu ein Lockruf an die Adresse ausländischer Diebesbanden und Krimineller. Nach begangenen Delikten gelingt diesen zumeist ohne Probleme die Flucht über die Grenze, nur die wenigsten werden erwischt.

Auch die schweizerisch-französische Zusammenarbeit im Polizeiwesen, vor allem bezüglich grenzüberschreitender Kriminalität müsste verbessert werden. Auf den Umstand angesprochen, hat auch der Bundesrat den Handlungsbedarf hinsichtlich der chronischen Unterbesetzung erkannt.

Aus Spargründen reduzierte jedoch der Bundesrat das Rekrutierungsbudget auf das Minimum, und dringend notwendige Stellen können nicht geschaffen werden, bestehende Stellen werden gar abgebaut.

Diese der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung schadende Politik zögert einzig die dringend notwendige Verbesserung der Situation hinaus, da unter diesen Umständen keine Aufstockung des Personalbestands erfolgen kann, um endlich unsere Grenzen besser zu schützen. Eine Erhöhung der Belegschaft um 300 zusätzliche Personen wäre das Minimum, um die desolate Situation nachhaltig zu verbessern.

Auf Hilfe seitens der Kantonspolizei oder der Polizei für internationale Sicherheit kann das Grenzwachtkorps auch nicht zählen, da diese mit der heimischen Kriminalität ebenfalls alle Hände voll zu tun haben.

Ein möglicher Lösungsansatz wäre, das Grenzwachtkorps von administrativen Routineaufgaben zu befreien, und diese einem speziell dafür ausgebildeten Hilfskorps zu übertragen. Dieses wiederum könnte wertvolle Erfahrungen sammeln, und zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls vermehrt mit Aufgaben zur Sicherung der Grenze betraut werden. Zudem soll die Entlohnung der Grenzwächter attraktiv sein, und den hohen Ansprüchen und Belastungen dieser Arbeit gerecht werden. Ebenso soll sich das Korps auf eine moderne und technisch hochstehende Ausrüstung verlassen können.

Des Weiteren ist in Betracht zu ziehen, in unmittelbarer Nähe zu kleineren Grenzübergängen ein Video-Überwachungssystem einzuführen, welches direkt an die verfügbaren Datenbanken und Informationssysteme gekoppelt ist.

Der grösste Handlungsbedarf besteht jedoch ganz klar bei einer signifikanten Aufstockung des Personalbestandes, um zu verhindern, dass Kriminaltouristen und Einbrecherbanden ihre Raubzüge weiterhin ungeahndet in unserem Land verüben können.

Es geht um nichts weniger als die Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung.

André Reymond, Nationalrat (GE)
Vorstandsmitglied SVP International

Die Erneuerung der „stillen Diplomatie“ als Weg in die Zukunft?

Die Schweiz im internationalen „Netzwerk“

Die letzten Jahre haben vielen Schweizerinnen und Schweizern die Augen geöffnet: Die Schweiz wird wahrgenommen! Allerdings nicht mehr so wie früher als verlässlicher neutraler Staat, welcher sich aus Konflikten dank seines international anerkannten Neutralitätsstatus bewusst heraus hielt, sondern als Land, das sich zu Wort melden will, Partei ergreift und sich unter dem Deckmantel des Bankgeheimnisses und moderaten Steuersätzen angeblich auf Kosten anderer bereichert haben soll. Ob Bankgeheimnis, Steuerpolitik oder weiteres mehr, die Schweiz wird und wurde massiv kritisiert und unter Druck gesetzt.

Der Bundesrat, aber auch das Parlament und die führenden Parteien, haben in letzter Zeit eher einen unbeholfenen Eindruck hinterlassen. Aus Distanz hatte man das Gefühl, dass (wenn überhaupt) lediglich reagiert und weniger agiert wurde. Doch ein Land sollte grundsätzlich sowohl nach innen wie nach aussen agieren. Dies gilt auch für die Schweiz, speziell dann, wenn sie ihren Status als unabhängiges, selbständiges und neutrales Land behalten will. Dafür sind in erster Linie die Regierung und die Parlamentarier, aber auch die „staatstragenden“ Parteien verantwortlich. Ich sehe Handlungsbedarf!

Was kann man als aussenstehender Bürger der Schweiz in dieser Situation tun? Soll man sich zu Wort melden? Ich glaube gerade wir Schweizer mit unserem politischen System der direkten Demokratie sind verpflichtet dazu.

Ich stelle mir somit die Frage, welche Rolle könnte und sollte die Schweiz in Zukunft im internationalen „Netzwerk“ aller Staaten einnehmen? Wo könnte die Schweiz ihre bekannten und anerkannten Eigenschaften wie Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Neutralität am besten einbringen? Welches sind die Voraussetzungen, dass diese Eigenschaften von der internationa-

len Staatengemeinschaft auch anerkannt und genutzt würden?

Ich glaube die Schweiz wäre gut beraten, wieder vermehrt den Weg der „stillen Diplomatie“ zu gehen. Es würde meiner Ansicht nach die Basis bilden, vom Ausland als möglicher „Schlichter“ oder als Platz für vertrauliche „Schlichtungsgespräche“ auf neutralem Boden angenommen zu werden. Eine wichtige Aufgabe, für die es nachweislich international grossen Bedarf gibt und auch in Zukunft weiter geben wird. Allerdings ist für die Wahrnehmung dieser Aufgabe qualifizierte Kompetenz notwendig. Diese Kompetenz traue ich der Schweiz, insbesondere auch dem diplomatischen Korps, grundsätzlich zu. Ich traue unserem Land auch zu, dass es in der Lage wäre, die dafür notwendige Basis zu schaffen.

Zur Basis würde es beispielsweise auch gehören, dass sich die Schweiz bei internationalen Konflikten grundsätzlich nicht einmischt und auch nicht einseitig Partei ergreift. Unabhängig davon, wie ungerecht sich eine Situation zwischen Streitparteien auch immer darstellen mag. Dieses sich bewusst heraushalten ist eine Tugend, welche ich gerade der Schweiz sehr wohl zutraue. Sie entspricht einer in der schweizerischen Bevölkerung stark verankerten Grundeinstellung. Nur durch konsequentes Heraushalten würde man der Schweiz aus internationaler Sicht den neutralen Status anerkennen, weil er Voraussetzung ist für die angebotene Kompetenz. Damit könnte die Schweiz international eine sehr nützliche und wichtige Rolle übernehmen. Eine Aufgabe, welche einerseits hohe Kompetenz verlangt, andererseits Zurückhaltung und Bescheidenheit voraussetzt. Ich würde es mir für die Schweiz der Zukunft wünschen.

Peter Kaul, Dresden (Deutschland)
Vorstandsmitglied SVP International

Respekt vor dem Volkswillen!

Was ich da vom Schweizer Fernsehen am Abstimmungsabend vom 28.11.10 präsentiert erhielt, hat mich derart geärgert, dass ich mir lange überlegen musste, ob ich mich dazu äussern sollte oder nicht.

Das Schweizervolk hat mit klarem Resultat der Ausschaffungsinitiative zugestimmt. Nun, so denkt jeder normale Bürger, wird dem Volkswillen Folge geleistet. Anscheinend jedoch, nach den Äusserungen der Parteipräsidenten der FDP, CVP, SP, der Grünen und der BDP sowie verschiedener Medienverantwortlicher ist dem nicht so. Diese werden im Parlament darauf hinarbeiten, dass das Gesetz und die Verordnungen weitestgehend dem Gegenvorschlag entsprechen und europakompatibel werden. Kurz: die SVP habe keine Chance auf Verwirklichung ihres Initiativtextes.

Da kamen bei mir schon echte Zweifel am Demokratieverständnis dieser Parteipräsidenten auf. Kann man einfach mir nichts dir nichts einen Volksentscheid umgehen?

Doch damit nicht genug. Das Schweizer Fernsehen schaltete daraufhin nach Brüssel und fragte auch in benachbarten Staaten nach, was diese nun von der Schweiz hielten! Die Medien wurden jedoch gewaltig enttäuscht, da sie mehrheitlich nicht das zu hören bekamen, was sie hören wollten.

Doch dem Schweizer Stimmvolk werden weiterhin unverblümt Szenarien aufgetischt, die den Tatsachen nicht entsprechen. Tatsache ist, dass die EU-Bürger im Angesicht der unaufhaltsamen Verschuldung nicht mehr wissen, wohin der Weg sie führt. Tatsache ist, dass sich EU-Bürger in ihren eigenen Ländern zurückgedrängt und nicht mehr sicher fühlen.

Es ist Zeit den Schreibtischverbrechern das Handwerk zu legen. Dazu gehört auch der grösste Teil unserer Volksvertreter.

Es ist Zeit, dass in der Schweiz ein Marsch nach Bern, wie zu Stauffachers Zeiten, stattfindet. Wenn es sein muss mit Heugabeln notabene.

Wie können Politiker und Medienvertreter, allesamt Schweizer Bürger, im Ausland nachfragen: Bitte seid so gut und sagt uns was ihr von uns hält?

Kommen etwa Deutsche, Franzosen, Italiener oder Engländer zu uns und fragen uns, was wir von ihren Entscheiden halten? Mit Nichten!

Ich schäme mich über solches Verhalten von Schweizer Bürgern, denen es nirgends so gut geht wie in der Schweiz. Dies aber nur dank aufrechten Bürgern, denen das Wohl der Schweiz am Herzen liegt.

Auch die Reaktion von Frau Bundesrätin Sommaruga war jämmerlich. Ihr passt dieser Volksentscheid überhaupt nicht. So verkündete sie, sie entlasse die SVP nicht aus deren Verantwortung. Sie lasse es nicht zu, dass die SVP nur Initiativen aufreisse und dann die Arbeit anderen überlasse. Typisches dummes Geschwätz, ja geradezu beleidigend. Geschwätz, das wir seit Jahren von allen Parteien zu hören bekommen. Dies aber nur, weil der Horizont begrenzt ist und keine stichhaltigen Argumente vorhanden sind.

Noch etwas: Sicher fragen sich viele Bürger, wie es sein kann, dass wir in der Schweiz Menschen haben, die alles daran setzen, unseren Staat kaputt zu machen. Da erinnerte ich mich an eine Veröffentlichung von Wladimir Bukowski in der Schweizerzeit Nr. 7 vom 9. März 2007:

Es geht um das erklärte Ziel, Europa in einen Zentralstaat zu verwandeln. Die Herren Gorbatschow und Giscard d'Estaing erklärten, dass mit Vereinbarung zwischen den linken europäischen Parteien und Moskau dies verwirklicht werden soll. Dreissig Jahre nach der Entstehung dieses Planes erleben wir, wie die SP Schweiz dieses Ziel mit aller Macht verfolgt. Ihr grösster Verfechter dieses Traumes ist Nationalrat Hans-Jürg Fehr. Dazu gesellen sich nützliche Idioten aus den Mitteparteien FDP, CVP, den Grünen und der BDP. Schade, aber auch verwunderlich, dass diese Tatsache von unseren SVP Politikern in Diskussionen um die EU nicht hervorgehoben wird. Diese Tatsache muss den EU-Turbos immer und immer wieder wie ein Spiegel vor Augen gehalten werden.

Edgar Studer, Finchampstead (GB)
Mitglied SVP International

Politische Rechte: Was folgt auf St. Gallen?

Vom 20. bis 22. August 2010 fand in St. Gallen der 88. Auslandschweizer-Kongress statt, welcher ganz im Zeichen der politischen Vertretung der Auslandschweizer stand.

Während bislang die Unterstützung der Dachorganisationen erforderlich war, um in den Auslandschweizererrat gewählt zu werden, sind die Kandidaturen in Zukunft frei von diesem Zwang. Inwiefern diese Änderung eine Verbesserung darstellt, wird die Zukunft weisen.

Was die direkte politische Vertretung der Auslandschweizer im Schweizer Parlament betrifft, so müssen wir mindestens noch weitere fünf lange Jahre warten, bis eine allfällige Änderung verwirklicht werden kann. Wie so oft können sich vermeintlich einfache Umstände als äusserst kompliziert erweisen, vor allem wenn sich National- und Ständerat nicht einig sind. Einigen sich die beiden Kammern schliesslich, scheint die Umsetzung Probleme zu bereiten. In Frankreich gelang es durch eine simple Modifikation der Wahlkreisinteilung elf abgeordnete Auslandsfranzosen ins Parlament zu integrieren, ohne die Nummer an Parlamentariern irgendwie zu verändern. In der Schweiz ist so ein Vorgehen nicht anwendbar, aufgrund des föderalistischen Systems.

Die Schaffung eines „neuen Kantons“, welchem sämtliche Auslandschweizer angehören, und ihnen eine angemessene Vertretung in den eidgenössischen Räten ermöglichen soll, ist eine alternative Möglichkeit. Das Vorhaben dürfte allerdings schwierig umzusetzen sein, und gleichzeitig mit hohen Kosten verbunden sein. Momentan dreht sich die Diskussion zwischen National- und Ständerat darum, wie eine bessere politische Vertretung der Auslandschweizer am besten bewerkstelligt werden kann.

Warten wir also ab, und hoffen, dass sich die zwei Räte darauf einigen, dem Beispiel anderer Länder wie Italien oder Frankreich zu folgen.

Pierre Vogel, Rosny sur Seine (F)
Mitglied SVP International

Die SVP International und die Frage der politischen Rechte der Auslandschweizer

Die SVP International, wie auch die SVP Schweiz, kämpfen für eine bessere politische Vertretung der Schweizer im Ausland. Sie sucht stets nach neuen Möglichkeiten, wie sich die „Fünfte Schweiz“ besser in die Schweizer Politik einbringen kann und wie sie sich verstärkt im politischen Prozess engagieren kann.

Aus diesem Grund bindet die SVP Schweiz die SVP International immer stärker in ihre Parteistrukturen ein. Die Auslandschweizersektion hat den Status einer Kantonalpartei und somit ihre eigenen Vertreter an den SVP Delegiertenversammlungen und im Zentralvorstand. Nächstens wird die SVP International auch einen Vertreter im Leitenden Ausschuss der SVP Schweiz erhalten. Auch sonst ist die SVP International eine sehr aktive Auslandschweizersektion. Sie bringt sich mit Anträgen in die eidgenössische Politik der SVP ein, gründet Komitees zur Unterstützung von politischen Vorlagen, unterhält ein eigenes Informationsorgan, eine Website, fasst Parolen zu allen Abstimmungsvorlagen, schreibt Communiqués und tritt an den Nationalratswahlen mit eigenen Listen an.

Auftritt an den Nationalratswahlen 2011

Bereits 2003 und 2007 ist die SVP International mit Auslandschweizerlisten zu den Nationalratswahlen angetreten und hat dabei respektable Resultate erzielt. Dieses Engagement soll nun noch weiter ausgebaut werden. In rund 10 Kantonen wird die SVP International Auslandschweizerkandidaten aufstellen, damit möglichst viele Schweizer im Ausland eigene Vertreter wählen können. Mit diesem Grossauftritt der Auslandschweizer im Wahlkampf 2011 sollen die Chancen auf die Wahl eines Auslandschweizers in den Nationalrat gesteigert werden. Schliesslich kann im Rahmen eines solchen Wahlkampfes auch auf jegliche Probleme der „Fünften Schweiz“ aufmerksam gemacht werden. Die Kandidaten aus dem Ausland kämpfen somit nicht nur für sich und die SVP, sondern klar auch für die Anliegen und die

Präsenz der Auslandschweizer in der nationalen Politik.

Die Problematik eines eigenen Kantons

In den Augen der SVP International ist dieses Engagement im Wahlkampf und die Einbindung in die bestehenden politischen Strukturen effektiver und sinnvoller als die ewige Diskussion um einen eigenen Wahlkreis, sprich Kanton, für Auslandschweizer. Diese Frage kann zwar sicherlich weiterverfolgt und diskutiert werden, doch realistisch betrachtet, müssen in erster Linie andere Wege zur politischen Teilnahme der Schweizer im Ausland angestrebt werden. Denn die Schaffung eines neuen Kantons ist mit unzähligen Problemen und Hindernissen verbunden. In einer Volksabstimmung müsste die Bundesverfassung geändert werden, wofür es schwierig werden dürfte eine Mehrheit des Schweizer Stimmvolkes zu gewinnen. Einerseits sind leider viele Schweizer der Ansicht, dass Landsleute, die nicht in der Schweiz wohnen, keine Vertretung im Parlament haben sollen, da sie nicht erkennen, dass viele Gesetzesänderungen auch die „Fünfte Schweiz“ betreffen. Andererseits würden die zusätzlichen Kosten, die durch den Aufbau einer eigenen Administration für diesen Kanton entstehen würden, für viele Schweizer nicht gerechtfertigt, da die meisten Auslandschweizer keine Steuern mehr zahlen in ihrer Heimat. Doch selbst wenn der eigene Wahlkreis im Volk eine Mehrheit finden würde, ist nicht gesagt, dass dies für die Auslandschweizer nur positiv wäre. Bei Wahlen könnten die Auslandschweizer nicht mehr die ihnen bekannten Politiker ihres Heimatkantons und ihrer Partei wählen, sondern müssten ihre Stimme ihnen wohl meist unbekannt Personen geben. Da wahrscheinlich diese wenigen Auslandschweizersitze auf Ländergruppen oder Kontinente verteilt würden, ist es mit Nichten gegeben, dass die eigene Vertretung auch wirklich die politischen Ansichten und Anliegen der Leute in ihrem Wahlkreis vertritt. Kurz gesagt: Fühlen Sie sich bspw. als SVP-Wähler mit Wohnsitz in Brasilien von einem SP-Politiker mit Wohnsitz in Argentinien besser vertreten als von einem SVP-Politiker aus ihrem Heimatkanton? Dies sind Fragen, die sich die Auslandschweizer neben der schwieri-

gen Umsetzung eines eigenen Wahlkreises stellen müssen.

Miriam Dagai,

Sektionssekretärin der SVP International

Termine:

Die Delegiertenversammlungen der SVP Schweiz werden 2011 an folgenden Daten stattfinden:

Samstag, 15. Januar 2011

Samstag, 26. März 2011

Samstag, 28. Mai 2011

Samstag, 27. August 2011

Samstag, 1. Oktober 2011

Als Mitglied der SVP International sind Sie natürlich immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV der SVP Schweiz teilzunehmen. Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich gerne bei uns melden.

**Wir wünschen Ihnen allen frohe und
besinnliche Festtage und einen
guten Start ins neue Jahr!**

